

ver.di-Münsterland kritisiert das Kinderbildungsgesetz - KiBiz

Hier die wesentlichen Kritikpunkte aus unserer Sicht:

- Das Gesetz ist vom Start an unterfinanziert: die Berechnungsgrundlagen gehen von einer Datenbasis von 2005 aus. Weder Preissteigerungsraten noch Tarifsteigerungen wurden mit berücksichtigt. Die 1,5%-ige Erhöhung in diesem Jahr ist ein Tropfen auf den heißen Stein.
- Die Personalberechnung entspricht in keinsten Weise den Anforderungen, die den Beschäftigten zusätzlich (Sprachförderung, Integrationsaufgaben, Erkennen von Kindwohlgefährdung, Elternarbeit usw.) aufgebürdet wurden. Insbesondere durch den beginnenden Ausbau der U3-Betreuung werden weitere Anforderungen gestellt, für die kein Personal vorgesehen ist.
- Das Gesetz sieht keinerlei Personalreserven vor: Krankheit, Fortbildung, Personalratsarbeit und die Teilnahme an Arbeitnehmerweiterbildung geht voll zu Lasten der restlichen Anwesenden. Lt. der Untersuchung des SPI Köln stellen rd. 36% der Leitungen fest, dass sich der Krankenstand erhöht hat. Ein Produktionsbetrieb würde still stehen!
- Durch die jährlich wechselnden Stundenkontingente / Buchungen der Eltern, besteht eine breite Unsicherheit in den Arbeitsbedingungen: die neuen Beschäftigten werden grundsätzlich befristet und mehrheitlich in Teilzeit eingestellt. Bestehende Gruppen und Kita-Strukturen werden zerschlagen, da die fehlenden Fachkraftstunden oft aus anderen Einrichtungen geholt werden um Lücken zu schließen.
- Die Pädagogischen Zeiten wurden durch das KiBiz gekürzt, nicht verlängert. Lt. Untersuchung durch das SPI Köln steht pro Erzieherin pro Woche 30 Minuten weniger Zeit für die Arbeit mit dem Kind zur Verfügung.
- Eine immense Aufblähung der Bürokratie findet durch die Erfassungsaufgaben statt.
- Rd. jedes zweite Arbeitsverhältnis wurde lt. der gleichen Untersuchung negativ vom KiBiz beeinflusst: eine kontinuierliche Arbeit mit den Kindern wird so nicht möglich. Durch Befristungen der Verträge kann es zu einem Wechsel von bis zu sechs Bezugspersonen in drei Jahren für das Kind kommen.
- Eine Verbesserung für die Eltern durch die neuen Buchungszeiten hat nicht stattgefunden (vergl. die Untersuchung des SPI).
- Die Berufsausbildung der zukünftigen Erzieherinnen ist nicht mehr systematisch möglich: es bleibt offen, ob Fachschulabsolventen einen Praktikumsplatz finden und auch der wird bereits zu rd. 12% nicht mehr vergütet. Was das bei einem zu erwartenden ErzieherInnenmangel bedeutet, liegt auf der Hand.
- Der Zwang zur Qualifizierung der Ergänzungskräfte von der Kinderpflegerin zur Fachkraft wurde durch die neue Vereinbarung der Träger mit dem Ministerium etwas gemildert. Dennoch erzeugt die Vereinbarung mehr Unklarheit und erzeugt mehr Unsicherheit durch viele offene Fragen.

ver.di fordert stattdessen:

- **Die Landesförderung ist zu erhöhen, um den gestiegenen Anforderungen Rechnung zu tragen**
- **Wir fordern den Abschluss von unbefristeten Arbeitsverträgen**
- **Kinderpflegerinnen sind in ihrem bisherigen Einsatzgebiet weiter zu beschäftigen - Bestandsschutz für alle Beschäftigten**
- **Keine Zwangsausbildung zur Erzieherin**
- **Der Gesundheitsschutz der Beschäftigten ist sicher zu stellen**